Von der Regulierung zur Demokratisierung : Antworten auf den globalen Hunger

Autor(en): **Rist, Stephan**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **33 (2014)**

Heft 64

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652249

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Stephan Rist

Von der Regulierung zur Demokratisierung

Antworten auf den globalen Hunger*

Der grösste Teil der 1,25 Milliarden Menschen, die mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag auskommen müssen, leben in ländlichen Gebieten. 500 Millionen kleinbäuerlich organisierte Familien- oder Gemeinschaftsbetriebe repräsentieren zusammen 2,5 Milliarden Menschen. Davon gehören 350 Millionen indigenen Volksgruppen an. Auf durchschnittlich nur 2 Hektar Land produzieren sie mindestens 70 Prozent der globalen Nahrungsmittel.[1] Entgegen der landläufigen Meinung sind die kleinbäuerlichen Systeme tendenziell nicht nur ökologischer und robuster,[2] sondern auch ökonomisch effizienter: In Brasilien bewirtschaften die Kleinbetriebe nur 24,3 Prozent der Agrarfläche, produzieren aber 38 Prozent des Gesamtwerts der Agrarproduktion. Das kommt daher, dass die agroindustrielle Produktion lediglich 385 Reais pro Hektar und Jahr erwirtschaftet, während es in der kleinbäuerlichen Produktion im Durchschnitt 677 Reais pro Hektar und Jahr sind.[3]

Trotz der fundamentalen Bedeutung der Kleinbauern sind die öffentlichen Investitionen in die ländliche Entwicklung und Landwirtschaftsförderung – meist im Zuge neoliberaler Strukturanpassungsprogramme – während der letzten 30 Jahre drastisch zurückgefahren worden. Als die Nahrungsmittelpreise in Zuge der Finanzkrise von 2007 stark anzusteigen begannen, konnten sich Hunderte von Millionen Menschen plötzlich nicht mehr ausreichend ernähren. Daraus resultierten gewaltige Nahrungsmittelrebellionen. Vielen Politikern und Investoren wurde klar, dass die einseitige Förderung von agroindustrieller Landwirtschaft und die Spekulation mit den dabei produzierten Rohstoffen bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Milliarden von kleinbäuerlichen Nahrungsmittelproduzenten ein systemisches Risiko für das globale Wirtschaftssystem darstellt.

* Dieser Artikel ist Teil der Diskussionen im SNF/NFP-68-Projekt «Sustainable Soil Governance and Large Scale Land Acquisitions originating in Switzerland». Sie geben die Ansicht des Autors wieder.

Land Grabbing

Was war passiert? Ebenfalls infolge der Immobilen- und Finanzkrise von 2007 nahm das Interesse der Finanzwirtschaft an alternativen Anlageoptionen sprunghaft zu. Im Zuge der Diversifikation der Investitionen in «sicherere Werte» ist der globale Preisindex landwirtschaftlicher Produkte stark angestiegen. Im Jahr vor der Finanzkrise (2006) betrug er 127 Punkte, stieg dann bis 2011 auf 230 Punkte – das heisst um 85 Prozent – und bewegte sich 2013 zwischen 206 und 214 Punkten auf hohem Niveau.[4]

Investitionen flossen vermehrt in die Landwirtschaft. Sowohl private als auch öffentliche Investitionsgesellschaften begannen sich riesige Landflächen (über Kauf oder Pacht) für die agroindustrielle Nahrungsmittelproduktion zu sichern. In enger Zusammenarbeit mit Regierungen aus Entwicklungsländern, Weltbank und Organisationen staatlicher Entwicklungszusammenarbeit wurden die erworbenen Landflächen erschlossen und so an die internationalen Märkte angebunden. Die von der Universität Bern (CDE) mit betriebene öffentliche Datenbank «Landmatrix» hat für die Zeit zwischen 2000 und 2012 insgesamt 924 Landerwerbsverträge identifiziert. Zusammen repräsentieren sie eine Fläche von fast 49 Millionen Hektar Land, wovon rund 34 Prozent in Afrika, 47 Prozent in Asien, 13 Prozent in Lateinamerika und 6 Prozent in Osteuropa und Zentralasien liegen. Die durchschnittliche Grösse der dokumentierten Einzelprojekte liegt bei beachtlichen 52 845 Hektar. 34 Prozent dieser Landflächen dienen der Produktion und dem Export von Nahrungsmitteln, während der grosse Rest auf Agrotreibstoffe, Kautschuk- und Holzproduktion entfallen. Wegen der besseren Verfügbarkeit von Land und der tiefen Kauf- oder Pachtpreise findet das Land Grabbing vor allem in Entwicklungsländern statt, die schwach ausgebildete Regierungsstrukturen und gleichzeitig beträchtliche Probleme mit der ausreichenden Ernährung ihrer eigenen Bevölkerung haben.[5]

Die Schweizer Wirtschaftspolitik ist – abgesehen vom ebenfalls involvierten Bankensektor – an der Entstehung des globalen «land rush» massgeblich beteiligt: Auf leisen Sohlen hat sich in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten ein neuer Wirtschaftscluster von politisch und fiskalmässig äusserst gut geschützten Rohstoffhandelsfirmen etabliert. Eine Handvoll von global tätigen, in der Schweiz domizilierten Firmen treiben die Expansion des kapitalistisch organisierten Rohstoffhandels wesentlich mit an.[6] Über den Aufbau von oligopolähnlichen globalen Märkten kontrollieren sie 50 Prozent des globalen Zuckerhandels, 35 Prozent des Handels mit Getreide und Ölsaaten, die Hälfte des Kaffeehandels, 35 Prozent des Rohölhandels und 60 Prozent des weltweiten Metallhandels. Die Rohstoffbranche setzt jährlich 763 Milliarden Franken um. Das sind fast 130 Prozent des Schweizer Bruttoinlandsprodukts (von 585 Milliarden Fran-

ken 2011).[7] Der Anteil des Rohstoffhandels am Schweizer BIP hat mit 3,4 Prozent denjenigen der Banken (2,6 Prozent) überholt. Vor allem durch den von diesen Firmen praktizierten Transithandel entgehen den Entwicklungsländern – je nach Schätzmethode – zwischen 8 und 144 Milliarden US-Dollar pro Jahr.[8]

Land Grabbing setzt die seit Ende des Zweiten Weltkriegs einsetzende Konzentration der besten landwirtschaftlichen Böden in den Händen zunehmend grösserer agroindustrieller Betriebe fort. Mit ihrem hohen Einsatz von Kapital und Technologie sowie der Nutzung der modernen Infrastrukturen gelten sie als höchst profitable global Player im Nahrungsmittelsektor. Die vielen landwirtschaftlichen Portfolios treiben eine Nahrungsmittelproduktion an, die für Anleger rentabel ist. Dabei wird übergangen, dass es bei den Nahrungsmitteln nicht um «normale» Handelsgüter geht, sondern um die für das menschliche Leben zentrale Ressource und um die Zukunft von Milliarden von Menschen, die in kleinbäuerlichen Agrarstrukturen leben.

Nahrung als Menschenrecht

Aus dem Land Grabbing muss die Lehre gezogen werden, dass eine gesellschafts- und entwicklungspolitische Notwendigkeit besteht, Prinzipien für «verantwortungsvolle Agarinvestitionen» auszuarbeiten. Die von UNCTAD, FAO, IFAD und Weltbank erarbeiteten «Principles for responsible agricultural investment that respects rights, livelihoods and resources (PRAI)» fordern beispielsweise, dass Agroinvestoren nicht nur eigenwirtschaftliche Aspekte beachten sollen. Vielmehr müssten bestehende private und kollektive Landbesitzformen anerkannt und respektiert sowie der Ernährungssicherheit mehr Gewicht beigemessen werden. Verträge und Abmachungen müssten öffentlich zugänglich gemacht werden und deren Einhaltung eingefordert werden können. Vor der Vergabe von Landrechten müssten Konsultationen bei der betroffenen Bevölkerung durchgeführt werden, der Nutzen von Investitionen möglichst gerecht verteilt und im Fall von negativen Umweltauswirkungen Massnahmen zu deren Linderung vorgenommen werden.[9]

Die Stossrichtung ist klar: Diese Prinzipien sollen helfen sicherzustellen, dass neben finanziellen, vor allem auch soziale, politische und ökologische Auswirkungen solcher Investitionen mit in die Berechnung von Kosten und Nutzen einfliessen. Bei der konkreten Umsetzung der PRAI zeigen sich jedoch zwei schwerwiegende Schwächen: Einerseits sind die Prinzipien rechtlich nicht bindend, sondern freiwillig, und zweitens wird nicht auf das international bindende Menschenrecht auf Nahrung Bezug genommen. Wir haben es mit einem typisch (neo)liberalen Politikansatz zu tun: Über die Definition von politischen Leitplanken soll die agrokapitalistisch organ-

sierte Nahrungsmittelproduktion nicht infrage gestellt, sondern ihre negativen sozialen, politischen und ökologischen Auswirkungen so weit reduziert werden, wie das aus Sicht der Investoren als tragbar erscheint.

Der Sonderberichterstatter der UNO für das Recht auf Nahrung, Olivier De Schutter, geht demgegenüber deutlich weiter, indem er den wirtschaftlichen Handlungsspielraum den internationalen Menschenrechten unterordnet. Dazu empfiehlt er die Befolgung von zehn Grunsätzen, die aus dem Menschenrecht auf Nahrung abgeleitet werden können.[10] Das Recht auf Nahrung impliziert dabei ein Recht auf quantitativ und qualitativ ausreichende und kulturell akzeptable Nahrung und sauberes Trinkwasser.[11]

Das Recht auf Nahrung steht in enger Beziehung mit den Rechten von lokalen, vor allem indigenen LandnutzerInnen, den Arbeitsrechten von LandarbeiterInnen und den Rechten der betroffenen Bevölkerung, die bei der Aushandlung von Grossprojekten berücksichtigt werden müssten. Besonders wichtig sind die Rechte auf Selbstbestimmung und Entwicklung. Diese halten fest, dass alle Menschen ein Recht auf die freie Verfügung über ihren natürlichen Reichtum und ihre Ressourcen haben und dass die Regierungen Entwicklungspolitiken verfolgen müssen, welche die Erhöhung des Wohlstandes der ganzen Bevölkerung zum Ziel haben. Können einzelne oder alle diese Prinzipien im Rahmen eines konkreten landwirtschaftlichen Investitionsprojekts nicht respektiert werden, sollte das Projekt über gesetzliche Massnahmen untersagt werden.[12]

Kritischen Gesellschaftstheorie und Land Grabbing

Land Grabbing erfordert eine systemische Diskussion über das damit verbundene Wirtschaftsmodell. Dies wird besonders deutlich, wenn wir die Verbindung von Land Grabbing mit der Finanzkrise berücksichtigen. Der amerikanische Geograf David Harvey zeigt, dass in einer Krise des kapitalistischen Systems, wie der Immobilienkrise, Kapital in neue Räume, wie grosse Landstücke für die kommerzielle Nahrungsmittelproduktion oder verlassene Fabrikareale (durch frühere Krisen zerstörte Räume) für den Bau von Lofts, verschoben wird.[13] Jede Krise in einem Bereich führt in der Folge dazu, dass sich das Kapital immer wieder neue Territorien erschliesst. Bis zur nächsten Krise wird das Kapital die Ressourcen dieser neuen Territorien der kapitalistischen Wertschöpfung zuführen.

In seinem Buch *Democracy at Work: A Cure of Capitalism*[14] zeigt der amerikanische Ökonom Richard Wolff auf, wie der systemische Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit – um den sich die kritische Analyse des Kapitalismus entwickelt hat – aufgelöst werden kann. Wolffs Ansatzpunkt ist nicht die Enteignung der Kapitaleigentümer (und die damit verbundene Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln), wie sie in der historischen Praxis des «real existierenden Sozialismus» realisiert wurde. Diese

Praxis führte lediglich zum Ersatz des Privatkapitalismus durch den Staatskapitalismus: Die (Land-)ArbeiterInnen waren in diesen Systemen nicht mehr von privaten Kapitaleigentümern abhängig, sondern von staatlich organisierten Konzernen. Diesen war die Idee der von ArbeiterInnen selbst verwalteten Unternehmungen ebenso fremd, wie sie es für den Privatkapitalismus ist. Die Lösung besteht nach Wolff im schrittweisen Übergang von fremd- zu selbstverwalteten Wirtschaftseinheiten.

Eine Skizzierung des Übergangs zu solchen postkapitalistischen Wirtschaftsformen findet sich in David Harveys Buch *The Enigma of Capital.* Ausgangspunkt ist Marx' Analyse des erstaunlich raschen Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus in Europa. Harvey zeigt auf, dass dies nicht ein «historischer Imperativ» war, sondern dass es sich um eine Koevolution verschiedener Bereiche der Sozialorganisation handelte, welche nur in ihrer Konvergenz diese grundlegende gesellschaftliche Transformation auslösen konnte. Sieben Aktionsbereiche sind gemäss Harvey für diese Koevolution bestimmend: *mentale Konzeptionen, Mensch-Natur-Beziehung, Lebenswelt und deren Reproduktionsprozesse, soziale Beziehungen, Technologien und Organisationsformen, Arbeitsprozesse, gesellschaftliche Institutionen.*[15]

In einer Analyse der globalen Situation seit der Finanzkrise von 2007 zeigt Harvey, dass das Wechselspiel zwischen diesen Aktionsbereichen auch für die Analyse der aktuellen Situation sinnvolle und interdisziplinäre Erklärungen liefern kann. Er ist der Ansicht, dass auch die Suche nach postkapitalistischen Gesellschaftsstrukturen als Konvergenz einer «Korevolution» verstanden werden kann. Die Transformation des gegenwärtigen Kapitalismus besteht somit in koordinierten Aktionen vieler sozialer Bewegungen, welche im Zusammenspiel innerhalb und zwischen diesen sieben Aktionsbereichen die Grundvoraussetzungen zur Gesellschaftsveränderung schaffen helfen.

Demokratisierung von Landrechten und Ernährungspolitik

Die grosse Vielfalt sozialer Bewegungen, die mit der gegenwärtigen kapitalistischen Verwertung des globalen Ernährungssystems nicht einverstanden sind, haben Hunderttausende Kooperativen, Netzwerke, Konsumenten-Produzenten-Genossenschaften, Fairtrade- und Bioläden hervorgebracht. Sie sind in der Regel gemeinschaftlich organisiert und entscheiden demokratisch und selbstverwaltet über die Verwendung des Mehrwertes, den sie entweder über gemeinsam geteilte Besitzrechte an Land, Wald, Weiden oder Wasser oder über Kooperativen zur Produktion, Verarbeitung, zum Handel oder zum Verkauf und Konsum von Nahrungsmitteln erwirtschaften. Sie repräsentieren viel Potenzial für grundlegende Veränderungen des globalen Ernährungssystems. Die grosse Hetero-

genität dieser Bewegungen birgt aber auch das Risiko, dass ihnen ein gemeinsamer Orientierungspunkt fehlt und sie deshalb das Potenzial für eine globale Bewegung nicht voll ausschöpfen können.

Harveys sieben Aktionsbereiche aber können dazu dienen, diese mannigfaltigen Initiativen zur Veränderung des globalen Ernährungssystems als eine Gesamtstrategie zu betrachten. Trotz des auf den ersten Blick utopischen Charakters der Forderung nach einer grundlegenden strukturellen Reform des globalen Ernährungssystems geht es heute nicht mehr um die Frage, ob solche Utopien möglich sind, sondern um die Frage, wie wir die existierenden Alternativen so stärken, dass sie zu systemrelevanten Alternativen heranwachsen können. Betrachten wir hierzu diese Alternativen in Bezug auf Harveys sieben Aktionsfelder:

Neue Konzepte

Eine der wichtigsten Veränderungen ist wohl der Übergang von einem produktivistischen zu einem systemischen Verständnis der globalen Ernährungsproblematik. Auf internationaler Ebene haben soziale Bewegungen, sowie die beiden Sonderberichterstatter der UNO für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler und Olivier De Schutter, viel zur Einsicht beigetragen, dass die gravierenden Problem der globalen Ernährung nicht einfach mit «Mehrproduktion» gelöst werden können. Weiterführende Ansätze können nur durch die systematische Analyse der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge gefunden werden, welche die Ernährungsproblematik als Ausdruck von Widersprüchen und Machtasymmetrien innerhalb des *Ernährungssystems* begreifen. Die *Ernährungssouveränität* stellt in diesem Sinne ein grundlegendes neues Konzept für das Verständnis und die nötigen Veränderung des globalen Ernährungssystems dar. (Siehe Artikel von Elisabeth Bürgi Bonanomi in diesem Heft.)

«Food Democracy» (Nahrungsdemokratie), ein bedeutendes Konzept, fordert, dass die direktdemokratische Partizipation der BürgerInnen in Bezug auf die Gestaltung der nationalen Ernährungssysteme sichergestellt wird; dass unabhängige Information über den Zustand und die Akteure des Ernährungssystems zugänglich sind; dass die Wahl verschiedener Nahrungsmittel (einkommens- und klassenunabhängig) für alle Menschen möglich wird; und dass der Auf- und Ausbau gemeinschaftlich organisierter Plattformen für die Mitbestimmung beim Ernährungssystem von der lokalen bis zur nationalen Ebene gesichert ist (Hamilton, 2005).[16] Um «Food Democracy» hat sich in den USA ein Netzwerk von 650 000 Bauern, Bäuerinnen und BürgerInnen gebildet, das über demokratische Initiativen die Vormachtstellung der Nahrungsmittelkonzerne überwinden will.

Mensch-Natur-Beziehung
In Bezug auf das globale Ernährungssystem drückt sich die Erneuerung des Mensch-Natur-Verhältnisses in den vielfältigen Umweltbewegungen aus. Es gibt einen wachsenden Konsens, dass fossile Energien keine zukunftsfähige Wirtschaft und insbesondere auch keine nachhaltige Produktion und Verteilung von Nahrungsmitteln erlauben. Im Bereich von Produktion, Verarbeitung und Handel von Lebensmitteln hat sich ein neues Mensch-Natur-Verhältnis in den Prinzipien der weltweiten biologischen Landwirtschaft konkretisiert. Die Internationale Föderation der Biolandbau Organisationen (IFOAM)[17], die zurzeit grösste globale Biolandbauvereinigung, hat diese Prinzipien wie folgt definiert:

- *Gesundheitsprinzip:* Ökolandbau soll die Gesundheit des Bodens, der Pflanzen, der Tiere, des Menschen und des Planeten als ein Ganzes und Unteilbares bewahren und stärken.
- *Ökologieprinzip:* Ökolandbau soll auf lebendigen Ökosystemen und Kreisläufen aufbauen, mit diesen arbeiten, sie nachahmen und stärken.
- *Gerechtigkeitsprinzip:* Ökolandbau soll auf gesellschaftlichen Beziehungen aufbauen, die Gerechtigkeit garantieren im Hinblick auf die gemeinsame Umwelt und Chancengleichheit im Leben.
- *Sorgfaltsprinzip:* Ökologische Landwirtschaft soll in einer vorsorgenden und verantwortungsvollen Weise betrieben werden, um die Gesundheit und das Wohlbefinden der jetzigen und der folgenden Generationen zu bewahren und um die Umwelt zu schützen.

Lebenswelt und deren Reproduktionsprozesse
Gemäss Angaben des Forschungsinstituts für biologischen Landbau bewirtschafteten 2011 rund 1,8 Millionen LandwirtInnen in 162 Ländern über 37 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche ökologisch. Der globale Markt für biologische Lebensmittel hat den Umsatz von 62,9 Milliarden US-Dollar erreicht: 4 Milliarden mehr als im Vorjahr.[18] Berücksichtigt man, dass es neben statistisch erfassbaren Betrieben noch rund 350 Millionen indigene Menschen gibt, welche zu über 60 Prozent auf dem Land leben und eine weitgehend traditionelle Nahrungsmittelproduktion betreiben, die oft sehr nahe an oder gar deckungsgleich mit den Prinzipien einer modernen agrarökologischen Produktion sind, wird klar, dass das Potenzial für eine lebensweltbasierte strukturelle Transformation des globalen Ernährungssystems enorm gross ist.

Soziale Beziehungen
Millionen Menschen in Gemeinschaften, Kooperativen oder sozialen Netzwerken setzen sich weltweit für die Verbesserung ihrer Nahrungsmittelsysteme ein. In der Folge werden Millionen von sozialen Räumen geschaffen,

innerhalb derer Solidarität und Kooperation zwischen Mitgliedern verschiedener ethnischer, religiöser, politischer und sozioökonomischer Schichten, Frauen, Männern, Jungen und Alten eingeübt und ausgeweitet werden. Weltweit sind gegen 800 Millionen Menschen Mitglieder von Kooperativen oder Genossenschaften die zusammen mehr als 100 Millionen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Es wird geschätzt, dass zwei Drittel davon direkt oder indirekt mit dem Ernährungssektor verbunden sind. In Indien sind mehr als 250 Millionen Menschen Mitglieder in einer der über 600 000 Kooperativen.

Aber auch in «entwickelten Ländern» sind Kooperativen wichtige Akteure gerade im Bereich des Ernährungssektors:[19] beispielsweise in Spanien, wo die Föderation von lokalen Kooperativen Mondragon[20] mit über 80 000 Beschäftigten zu den Top Ten der nationalen Wirtschaftsunternehmen gehört. Rund die Hälfe der ArbeiterInnen sind in dem von ihnen selbst demokratisch kontrollierten Nahrungsmittelsektor beschäftigt.

Technologien und Organisationsformen

Durch die Entwicklung und rasche Verbreitung biologischer Landwirtschaftstechniken ist es heute möglich, praktisch jede Krankheit oder jeden Schädling der Nahrungsmittelproduktion auf biologische, weder für Mensch noch für Umwelt schädliche Art wirksam zu kontrollieren. Die Prinzipien, Technologien und Organisationsformen der Landnutzung von indigenen und traditionellen LandnutzerInnen, die gegenwärtig wieder grössere Beachtung finden, stellen eine Quelle von lokal gut angepassten und über Jahrzehnte oder Jahrhunderte erprobten Alternativen zur «harten» Technologie der Nahrungsmittelproduktion dar.

Die «sanfte» biologische Technologie zur Kontrolle von Schädlingen und Krankheiten braucht im Vergleich zur «harten» Technologie mehr Arbeitskraft. Die Praxis hat gezeigt, dass sich ein solcher Mehraufwand durch die im biologischen Landbau verbreitete Kooperation zwischen Farmern, aber auch zwischen Farmern und Konsumenten überbrücken lassen.

Bei der Organisationsform steht die demokratische Selbstverwaltung von Wirtschaftseinheiten im Vordergrund: die Aufhebung des Widerspruchs von Arbeit und Kapital sowie die demokratische Verteilung des Mehrwertes. Diese Forderung erscheint auf den ersten Blick utopisch oder nicht realisierbar. Betrachten wir aber die grosse Anzahl Kooperativen weltweit,[21] wird schnell klar, dass wir auch hier auf millionenfache Erfahrungen bauen können.[22]

Wie Beispiele grösserer Genossenschaften wie Migros, Coop oder der global tätige Molkereikonzern Arla Foods zeigen, sind Kooperativen alleine allerdings noch keine Garantie für eine wirklich demokratische Selbst-

verwaltung im Sinne einer postkapitalistischen Organisationsform. Das liegt jedoch nicht an der genossenschaftlichen Struktur, sondern an der systematischen Behinderung der Mitbestimmung der Genossenschafter, wie der Fall des äusserst interessanten Experiments des sogenannten M-Frühlings zeigte.[23]

Gesellschaftliche Institutionen und Rahmenbedingungen

Das globale Ernährungssystem braucht eine Serie von umfassenden Agrarreformen, um die Mehrheit der über 500 Millionen kleinbäuerlichen Betriebe zu stärken und den Grossgrundbesitz so weit umzuverteilen, dass die Produktionsgrundlagen für deren langfristige Erhaltung gewährleistet werden können. Dabei müssen kollektive, gemeinschaftliche oder assoziative Formen des Bodenbesitzes priorisiert werden. Indem die kleinbäuerlichen Betriebe mehr Land, Zugang zu agrarökologischen Technologien und bezahlbare Kredite erhalten, kann ihr Potenzial für eine hochwertige, ökonomisch effiziente, nachhaltige und gegen wirtschaftliche und klimatische Schocks resistente Produktionsweise genutzt werden.

In enger Zusammenarbeit mit Staat, Schulen, Spitälern und weiteren öffentlichen Einrichtungen sowie mit Organisationen der Zivilgesellschaft sollen neue Formen von Community Based Agriculture gefördert werden: Genossenschaften von ProduzentInnen und KonsumentInnen, Verarbeitungs- und Handelsgemeinschaften, welche sich an fairem Handel, in lokalen bis internationalen Märkten und agrarökologischen Produktionsmethoden orientieren.[24]

Handlungsbedarf besteht auch in Bezug auf den Welthandel mit seinem grossen Einfluss auf die Landwirtschaftspolitik vieler Entwicklungsländer. Anstatt die Versorgung der eigenen Bevölkerung über lokale Märkte zu fördern, versuchen deren Regierungen und Eliten häufig, durch Agrarexporte Devisen und Steuereinkommen zu erzielen, die dann den kleinbäuerlichen Produktionseinheiten nicht oder nur unzureichend zukommen. Kreditauflagen und Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank, Handels- und Investitionsabkommen dürfen das Recht eines Landes auf eine eigenständigen Agrar- und Zollpolitik nicht einschränken und sind deshalb mit der Forderung nach Ernährungssouveränität zu verbinden.

Die direktdemokratische Mitbestimmung über nationale und internationale Agrar-, Investitions-, Handels- und landwirtschaftliche Entwicklungspolitiken gehören ebenso zu einem neuen Ernährungssystem wie die direktdemokratische Entscheidungen darüber, ob – und, falls ja, unter welchen Bedingungen – in einem landwirtschaftlichen Gebiet grosse Flächen an ausländische private oder staatliche Investoren vergeben werden sollen.

Dem Staat kommt bei einer solchen demokratischen Transformation des globalen Ernährungssystems eine zentrale Rolle zu. Der Staat kann bestehende Gemeinschaften stärken und die Bildung neuer fördern, welche mittels demokratischer Selbstverwaltung einem postkapitalistischen Ernährungssystem zum Durchbruch verhelfen können. Der Staat ist in diesem Sinn nicht das «Ende der Geschichte», sondern er ist die gesellschaftliche Instanz, über welche die Demokratisierung des Ernährungssystems vorangetrieben werden kann. Es ist jedoch nochmals anzumerken, dass das Ziel nicht die staatliche Kontrolle ist, sondern die demokratische Selbstverwaltung des Ernährungssystems «jenseits von Staat und Markt».

Beispiel Bolivien

Die radikale Transformation der bolivianischen Gesellschaft veranschaulicht, wie sich eine solche Entwicklung vollziehen kann. Gemäss dem Vizepräsidenten von Bolivien Álvaro García Linera (2012, 24 f.) beginnt sich besonders im Bereich des Ernährungssystems der postkapitalistische Charakter der neuen Entwicklungspolitik seines Landes abzuzeichnen. Mit dem Hinweis auf die enorme Bedeutung, welche die Organisationen der indigenen Gemeinschaften bei der demokratischen Eroberung der politischen Macht spielten, sagt er: «*[...] innerhalb der indigenen Nationen – nicht in allen, aber in einem guten Teil davon – nistet so etwas wie ein Kern von Kommunismus. Das sind die kommunitären Strukturen – geschwächt, misshandelt während Jahrhunderten und zurückgebunden auf das rein Lokale, fragmentiert –, gewiss, sie sind nicht mehr das, was sie einmal waren. Doch der Samen des Gemeinschaftlichen ist vorhanden. Es ist das, was Negri und Hardt in ihrem letzten Buch ‹Common Wealth› [in der ursprünglichen Bedeutung von ‹Gemeinwesen›] nennen, im Gegensatz zur ‹Republik des Eigentums›. Das ist schön, dieses Konzept des ‹Common Wealth›, eine ‹Republik des Gemeinschaftlichen›. Hier in den indigenen Gemeinschaften gibt es Stücke einer solchen ‹Republik des Gemeinschaftlichen›, die das Individuum bestehen lässt, es nicht beengt und erstickt, die aber das Gemeinschaftliche pflegt und regelt: das Gemeinschaftliche des Wassers etwa, mit Problemen und Interessenkonflikten, aber auch mit der Pflege einer Debatte und einer politischen Zielsetzung, die deutlich macht, dass es sich um ein gemeinschaftliches Gut handelt, das allen gehört. Genauso in der Landfrage, in der Frage der Verantwortlichkeiten und des Dienstes am anderen.*

Wie nun lässt sich das verstärken und von der Mikroebene der zehn Familien, der zehn indigenen Gemeinschaften auf grössere Ebenen ausdehnen, auf die Provinz, das Departement, den ganzen Staat? Das ist die grosse Aufgabe der nächsten 500 Jahre unseres revolutionären Kampfes!

Es gibt aber bei der ‹Republik des Gemeinschaftlichen› noch eine zivilisa-

torische Dimension, die sowohl vom kapitalistischen Regime wie von den sozialistischen Bewegungen immer missachtet wurde: die Verbindung zur Natur. Hier wird die Natur durchaus als Teil des Gemeingutes gesehen, und zwar als besonders wichtiger Teil. Natürlich geht es darum, der Natur ihre Reichtümer abzuringen, aber eben indem man sie schützt und in ihrer produktiven und reproduktiven Kapazität erhält – auch für die künftigen Generationen. In den Gemeinschaften sind jene Produktionstechniken geschaffen und entwickelt worden, die die Bauern in die Lage versetzten, sowohl menschlichen Wohlstand wie auch einen ‹Wohlstand der Natur› zu erzeugen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf jenes Marx-Diktum ‹Naturalisierung des Menschen, Humanisierung der Natur›.»[25]

Eine solche Entwicklung braucht selbstverständlich auch Investitionen. Diese könnten von denjenigen Staaten geleistet werden, welche nach Angaben der OECD jährlich gegen 325 Milliarden US-Dollar (Jahr 2007)[26] für Agrarsubventionen ausgeben – etwa dreimal so viel wie die gesamte weltweite Entwicklungshilfe im Jahr 2007.

Hoffnung, Widerstand, Veränderung

Die gegenwärtige Situation des globalen Ernährungssystems zeigt ein Bild, das sowohl von Verzweiflung als auch von Hoffnung gekennzeichnet ist. Auf der einen Seite stehen die durch industrielle Nahrungsmittelproduktion, Biotreibstoffherstellung und Rohstoffgüterproduktion in ihrer Existenz gefährdeten Millionen von kleinbäuerlichen Familien. Durch «land grabbing» und «land concentration» droht ihnen die Vertreibung von ihren Ländern und damit der Entzug des Rechts auf Ernährung, des Rechts auf «dezente Einkommen» und eigenständige Entwicklung. Auf der anderen Seite stehen die vielfältigen, von Hunderten von Millionen Menschen vorangetriebenen Versuche, das Vordringen des Kapitalismus in immer weitere Bereiche des globalen Ernährungssystems durch aktiven Widerstand einzuschränken.

Aus der Sicht einer kritischen Analyse existiert eine solide Basis von kreativen Initiativen und Alternativen in allen sieben erwähnten Aktionsbereichen für eine postkapitalistische Reform des globalen Ernährungssystems. Als grosse Herausforderung stellt sich die Frage, wie diese zahlreichen Initiativen sich so koordinieren können, dass sie im Sinne einer Koevolution das nötige Potenzial für eine grundlegende gesellschaftliche Transformation erhalten. Ein gemeinsames Aktionsfeld ist die Notwendigkeit einer doppelten Demokratisierung des globalen Ernährungssystems – sowohl der politischen Rahmenbedingungen als auch der Wirtschaftsprozesse.

Es geht also um die Rückeroberung der demokratische Mitgestaltung der politischen Rahmenbedingungen des Ernährungssystems und der

Demokratisierung der Organisationsstrukturen von heute privaten Firmen und Konzernen, welche Nahrungsmittel produzieren, verarbeiten, verteilen und verkaufen. Nur diese doppelte Demokratisierung bietet einen Ausweg aus der gegenwärtigen Ernährungskrise – jenseits von Privat- oder Staatskapitalismus.

Anmerkungen

1 IFAD: Smallholder farmers key to lifting over one billion people out of poverty. www.ifad.org/media/press/2013/27.htm#sthash.bPKPUqES.dpuf (Abfrage 15.1.2014).

2 Altieri, Miguel / Nicholls, Clara, 2013: The adaptation and mitigation potenzial of traditional agriculture in a changing climate. In: Climatic Change, Dordrecht, 1–13.

3 High Level Panel of Experts on Food Security and Nutrition, 2012: Investing in smallholder agriculture for food and nutrition security. Vo draft.

4 FAO, 2013: Food Price Index 2000–2013. www.fao.org/worldfoodsituation/foodpricesindex/en/ (Abfrage 3.2.2014).

5 Daten von www.landmatrix.org/ (Abfrage 20.12.2013).

6 Erklärung von Bern, 2012: Rohstoff. Das gefährlichste Geschäft der Schweiz. Zürich.

7 Der Umsatz der Rohstoffkonzerne ist 28-mal so hoch wie das BIP von Bolivien, wo etwa gleich viel Menschen wie in der Schweiz leben.

8 Cobham, A. / Jansky, P. / Prats, A., 2013: Swiss-ploiation? The Swiss Role in Commodity Trade. Christian Aid Occasional Paper No. 10. www.christianaid.org.uk/images/caw-swissploitation-may-2013.pdf (Abfrage 3.2.2014).

9 UNCTAD, 2013: The Principles for Responsible Agricultural Investment (PRAI). www.unctad.org/en/Pages/DIAE/G-20/PRAI.aspx (Abfrage 20.12.2013).

10 De Schutter, Olivier, 2010: Large-scale land acquisitions and leases: a set of minimum principles and measures to address the human rights challenge. Report presented to the Human Rights Council [A/HRC/13/33/Add.2]. www.srfood.org/images/stories/pdf/officialreports/20100305_a-hrc-13-33-add2_land-principles_en.pdf (Abfrage 19.12.2013).

11 Details siehe: Human Rights. www.humanrights.ch/de/Menschenrechte/Nahrung/index.html (Abfrage 22.1.2014).

12 De Schutter, Olivier, 2011: How not to think of land-grabbing: three critiques of large-scale investments in farmland, In: Journal of Peasant Studies, 38/2, London, 249–279.

13 Harvey, David, 2003: The new Imperialism. Oxford /New York. (Deutsch: 2005: Der neue Imperialismus. Hamburg).

14 Wolff, Richard, 2012: Democracy at Work: A Cure for Capitalism. Chicago

15 Harvey, David, 2010: The Enigma of Capital: and the Crises of Capitalism. London, 138 f. (Deutsch: 2014: Das Rätsel des Kapitalismus entschlüsseln Hamburg).

16 Hamilton, Neil D., 2005: Food Democracy II: Revolution or Restoration? In: Journal of Food Law &Policy, 1, Fayetteville, 13–42.

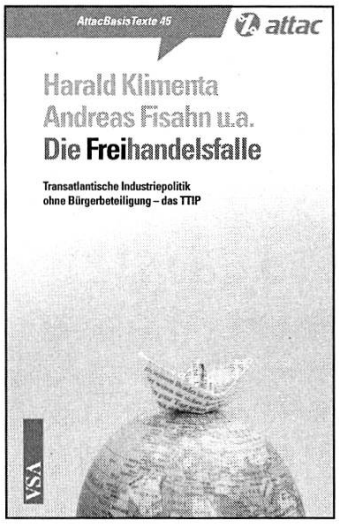
17 IFOAM, 2009: Die Prinzipien des Ökolandbaus. www.ifoam.org/sites/default/files/poa_folder_german.pdf (Abfrage 19.12.2013).

18 Forschungsinstitut für Biologischen Landbau (FiBl), 2013: The 14th edition of «The World of Organic Agriculture». Frick.

19 ICA, 2014: Facts and figures. www.ica.coop/en/whats-co-op/co-operative-facts-figures (Abfrage 14.1.2014).

20 Mondragon Corporation, 2014: www.mondragon-corporation.com/de/ (Abfrage 14.1.2014).
21 Bouchard, M. / Ferraton, C. / Michaud, V., 2006: Database on social economy organizations: The qualification criteria. In: Series no R-2006-03. Working Papers of the Canada Research Chair on the Social Economy. Montreal.
22 Holt-Giménez, Eric /Altieri, Miguel, 2013: Agroecology, Food Sovereignty, and the New Green Revolution. In: Agroecology and Sustainable Food Systems, 37/1, London, 90–102.
23 Mahler, Beat, 2004: M-Frühling – Frühlingsputsch im Migros-Land. In: Wochenzeitung WOZ, 26. Februar 2004. Zürich. www.woz.ch/m-fruehling/fruehlingsputsch-im-migros-land (Abfrage 19.12.2013).
24 Pretty, Jules, 2003: Social capital and the collective management of resources. In: Science, 302, 1912–1915. www.julespretty.com/wp-content/uploads/2013/09/3.-Science-302-1912-1915-Pretty.pdf (Abfrage 19.12.2013).
25 Rist, Stephan / Simmen, Andreas, 2012: Das ist nicht mehr die Zeit der politischen Rezepte! Gespräch mit Álvaro García Linera in La Paz am 27. und 28. Februar 2011. In: García Linera, Álvaro, Vom Rand ins Zentrum. Zürich, 11–32.
26 Wesley, E. / Peterson, F., 2009: A Billion Dollars a Day: The Economics and Politics of Agricultural Subsidies. Hoboken, 118.

VSA: Dem Kapital auf der Spur



Harald Klimenta/
Andreas Fisahn u.a.
Die Freihandelsfalle
Transatlantische Industriepolitik ohne Bürgerbeteiligung – das TTIP
AttacBasisTexte 45
128 Seiten | EUR 9.00
ISBN 978-3-89965-592-6

David Harvey
Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln
Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden
Aus dem Amerikanischen von Christian Frings
288 Seiten | EUR 19.80
ISBN 978-3-89965-442-4

Im Buchhandel
oder direkt bei
VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10,
Fax 040/28 09 52 77-50
info@vsa-verlag.de

Gesamtprogramm, Leseproben/ Inhaltsverzeichnisse, Newsletter-Bestellmöglichkeit, Links, Lesungen/Termine u.v.m:

www.vsa-verlag.de